

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

294 (16.12.1909) Erstes Blatt

Seite 8.
Oefen!
 Partie
 rbrand-Oefen.
 andere erstklassige
 en, um das Lager
 jedem annehm-
 egeben, solange
 er kleiner Raum
 wenig gebraucht
 nige gebrauchte
 rde, so gut wie
 rante billig ab-
 6400

Marx,
 und Hanshal-
 geschäft,
 straße 45.

en Sie
free
 and
hee
 i der 5800
 erlicher
 Expedition
 sfr. 152.

van.
 sameltatschendon
 55 M. an, eleg.
 de Weinachts-
 arantie für gute
 Gebe extra
 % **Rabatt**
 ein Laden, daher
 jede Konkurrenz
 lgehaft.
 er, Kaezier,
 sfr. 53 II. 6108

verkauf.
 den 18. Dezbr.,
 9-1 Uhr
 eisenbahnstr. 20
 hat

uhfisch
 a, 3 Pf. 60 Pf.
m Neck,
 beiderseits, 6678

pfel.
 schüssel, 10 Pf.
 9 Mark, so lange

emischhandlung,
 nächst Sophienstr.
 noten jeder Art
 rsonal,
 er, Dezember und
 januar.
 sucher: 6674
 nfrancan,

Arbeitsamt
 eitsnachweis)
 00 Telefon 63,
 von 8-12 Uhr,
 -7 Uhr.
 llig unentgeltlich.

lze
 Arten 6680
 and billig.
kel 32,
 raße, 1 Treppe
 Fahrradhandlung.

tbaum-
nder
 Pfg. an
 Auswah.
Bähr
 waren
 sfr. 51.
 marken.
 6688

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich.
 Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.
 Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, ober deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.
 Druck und Verlag:
 Buchdruckerei Graf u. Co., Karlsruhe.
 Verantwortlich für den politischen Teil:
 Lehtje Post, Residenz, Neulilien und Unterhaltungs-Beilage: A. Weichmann;
 für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel; beide in Karlsruhe.
 Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Mannesmann.

Es gibt in den verschiedensten bürgerlichen Parteien Leute, denen es leid zu tun scheint, daß die deutsche Marokkopolitik in ein ruhiges Fahrwasser eingelenkt ist. Ihnen genügen die Vorbeeren nicht, die sich die deutsche Diplomatie in den früheren Stadien dieses unseligen Handels geholt hat, sie wünschen darum aufs neue eine Zeit herbei, in der der Friede Europas wegen Marokko auf des Meisters Schneide gestellt wird. Diesmal muß der Rechtsstreit, dem die Firma Mannesmann in Marokko um ihre sogenannten Minertonzessionen führt, dazu herhalten, um eine wahre Hege gegen das Auswärtige Amt zu entfachen, weil es in der Vertretung der angeblichen Rechte der Firma Mannesmann zu zaghaft gewesen sein soll.

Nun ist es sicher richtig, daß die deutsche Diplomatie in allem, was sie anfaßt, ein hervorragendes Ungeheißel besitzt, gerade deshalb ist es uns nicht verständlich, wie es die nationalen Marokkotreiber vor ihrem nationalen Gewissen verantworten können, diese Diplomatie wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Sache in neue Verwicklungen hineinzubeknien. Das beste was sie tun kann, ist so wenig wie möglich zu tun. Wenn sie eine friedliche Politik treibt, so ist es ein schweres Unrecht, sie dabei zu führen. Und zufälligerweise ist die passive Politik, die sie jetzt in marokkanischen Fragen treibt und die sie nicht aufgeben kann, ohne das deutsch-französische Marokko-Abkommen zu verletzen, auch die einzig vernünftige. Die Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich ist sittlich und kulturell, politisch und ganz besonders auch wirtschaftlich ein so ungeheuer wichtiges Gut, daß sie durch zehn Mannesmannkonzessionen nicht aufgewogen werden kann.

Beachtung verdient die Methode der alldeutschen „Täglichen Rundschau“, die eigene Regierung durch Wiedergabe von Gesprächsbrocken, die man in der Diplomatenloge des Reichstags aufgeschnappt haben will, zu kompromittieren. Man wird auf diesen Vorgang, der im Regierungslager begriffliche Entrüstung hervorgerufen hat, zurückkommen müssen, wenn die nationalliberale Horde über sozialdemokratische Indiscretionen wieder das landesübliche Geheiß anhält.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 15. Dezember.)
 Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Mollenhuth und Stadthagen wird der Nachtragsetat in 3. Lesung genehmigt.
 Das Haus tritt sodann in die Fortsetzung der Besprechung über

Rechenarbeitsnachweis-Interpellation

Abg. Fuhrmann (natl.) bemängelt den Ton, den Bönelburg angeschlagen hat und behauptet, die Gesetzen seien zu schwarz gemalt. Der Arbeitsmarkt bedarf der gesetzlichen Regelung. Die Gewerkschaften seien früher gegen die paritätischen Arbeitsnachweise gewesen. Diesen Standpunkt hätten sie verlassen, als die Unternehmer begannen, Arbeitsnachweise zu errichten. Der paritätische Arbeitsnachweis fordert die Bureaukratisierung. Die Zeit zu einer gesetzlichen Regelung sei noch nicht gekommen. Der Rechenarbeitsnachweis bedeute eine gangbare Verbesserung des jetzigen Zustandes. Der Redner verteidigte dann noch die Praktiken des Arbeitsnachweises in Mannheim-Ludwigsbäsen.

Abg. Manz (fr.) erblickt in dem Vorgehen der Rechenarbeitsnachweise ein gefährliches Experiment. Statt, daß Harmonie zwischen Kapital und Arbeiter besteht, wird auf diese Weise die Kluft zwischen beiden erweitert. Das einseitige Vorgehen der Rechenarbeitsnachweise führe zur Anechtung der Arbeiter. Auf alle Fälle ist das Verlangen nach Parität berechtigt.

Abg. Dirksen (fr.) hält seine übliche Scharfmaacherrede und behauptet, die gespannte Stimmung im Ruhrrevier sei nur auf die Verhöhnung durch die Organisationen zurückzuführen. Den Rechenarbeitsnachweisen kann man keinen Vorwurf machen; und wenn sie die Arbeiter nicht erst gefragt habe, so war das vollständig berechtigt.

Abg. Naumann (fr. Vg.): Es ist im Ruhrrevier ein Herrschaftswille aufgerichtet, der alle Einzelwillen beherrscht. Es sind 14 Große, die im Kohlen-Syndikat Alles in der Hand haben. Es ist dort ein neues territoriales Macht-System ausgedacht worden, das von allen Seiten her Tribut fordert. Der Arbeiter ist gegen eine solche Macht vollständig wehrlos. Vier Ordnung zu schaffen, die Arbeiter zu erziehen, dazu gehört Großherzigkeit und Genialität. Wenn der Staatssekretär wirklich Parität wollte, da müßte er auch die Arbeiter befragen, von einem Unternehmer könne er die Wahrheit nicht erfahren, denn den Kohlen-Königen geht es wie anderen Königen auch, sie wissen nicht, was Alles in ihrem Namen da unten geschieht. Sie haben eben Anderes zu tun. (Wieder-

holter Beifall links.) Diejenigen haben zweifellos Recht, die da sagen, daß die Gewerkschaft dem Bergarbeiter durch diesen Nachweis zugrunde geht. Die Arbeiter werden fortgesetzt von der Sortier-Maschine als gut, weniger gut und schlecht und einige fallen ganz aus, um nie wieder in die Sortier-Maschine hinein zu kommen, sondern den Kommunen, den Armen-Vereinen zur Last zu fallen. Es ist eine große Heuchelei, wenn man bei solcher Lage den Arbeitern nachsagt, er sei kriegerisch. Hier gibt es kein anderes Mittel, als daß der Staat einschreitet. (Auf rechts: Und Ausnahmegesetz gegen die Arbeitgeber.) Sie, der Sie da rufen, beurteilen alle Dinge nach sich. (Großer Beifall links und Rufe: Sehr richtig!) Der Staatssekretär hat die Sache nach Preußen verwiesen. Da würde sie in ein merkwürdiges Land kommen. (Große Heiterkeit.) Ein Land wie Preußen, mit einem so unanständigen Wahlrecht (stürmischer Beifall links, lebhafter Lärm. (Präsident Graf Stolberg: Herr Kollege, so etwas dürfen Sie nicht sagen.) Dann will ich sagen: ein Land mit solchem Klassen-Wahlrecht ist überhaupt ungeeignet, Parität zu üben. Die Minister können das alles durchführen, aber sie wollen es nicht. Was ihr Empfinden ist, das hat gestern der Staatssekretär draußig gezeigt. An die vielen Tausende von Witwen hat er nicht gedacht, deren Männer sich im Bergbau abgearbeitet haben. (Stürmischer Beifall links.) Von der Mittel-Tribüne herab gibt ebenfalls eine Frau dem Neben lebhaften Beifall, worauf sie entfernt wird.

Abg. Kullerski (Pole): Man braucht doch wirklich nicht mit so besonderem Scharfsinn ausgestattet zu sein, um zu wissen, daß die Unternehmer bestrebt sind, die Arbeiter in ein Abhängigkeits-Verhältnis zu bringen. Auch ist doch zweifellos, daß seitens der Regierung nur eine starke Förderung des Unternehmens zu Tage tritt. Mit allen Verschönerungen will man nur das Mißtrauen der Arbeiter einschärfen. Es wäre gar nicht erfindlich, wenn es zu einer Revision kommen sollte.

Abg. Behrens (w. Vg.): Die Erregung im Ruhrrevier ist sehr groß. Die Groß-Industrie will die Arbeiter in die Hände bekommen. Die Bestimmungen des Arbeitsnachweises sind keineswegs harmlos, auch wenn die Statuten harmlos scheinen. Ueber kurz oder lang wird jedenfalls der Arbeitsnachweis paritätisch geregelt werden müssen.

Staatssekretär Reiffers: Der Abgeordnete Naumann hat mir Verständnis und guten Willen abgeprochen. Mit Unrecht! Ich gebe Herrn Naumann gerne zu, daß sich seit 1869 die Verhältnisse geändert haben. Die Arbeiterorganisationen haben sich zu einer Macht entwickelt. Wie sollen wir Mißbräuche des Koalitionsrechts bestrafen? Um das zu tun, müssen wir doch erst die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine haben. Wollen Sie denn ferner wirklich auch die Bemerkung unparteiischer Arbeitsnachweise bestrafen? Würden Sie denn damit nicht auch den Arbeiter bestrafen, der in seiner Not einen solchen einseitigen Nachweis benutzt? Wäre das menschlich? Zur Schaffung eines obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweises sind wir jetzt jedenfalls außer Stande. Wenn Herr Naumann meint, Preußen sei wegen seines Wahlrechts nicht in der Lage, Parität zu üben, so antworte ich ihm: In dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstage ist das ebensowenig der Fall.

Abg. Schürmer (Zentr.) vertritt den Standpunkt der Interpellanten.
 Abg. Vogel (natl.): Der paritätische Nachweis ist wohl erstrebenswert, aber die ganze Frage ist noch nicht spruchreif.

Abg. Sasse (Soz.) kommt auf den Mansfelder Bergarbeiterstreik zu sprechen, wo man sogar Maschinengewehre gegen die Arbeiter aufgeföhren habe. Da brauche man sich nicht zu wundern, wenn der letzte reichstreu Knappe zur Sozialdemokratie übergehe. Sodann erklärt der Redner, daß die Koalitionsfreiheit nur für die Arbeitgeber bestehe, nicht aber für die Arbeiter. Dann würde durch das Schwarze-Voten-System das Koalitionsrecht beschränkt. Den Belegschaftswechsel wollen auch wir einschränken, denn wir verlieren dadurch Mitglieder unserer Gewerkschaft. Aber den weniger häufigen Belegschaftswechsel bekommt man nicht durch den Arbeitsnachweis, sondern durch eine bessere Entlohnung und durch Befreiung der Schlänen. Dem Staatssekretär können wir den Vorwurf nicht ersparen, daß er sich nicht mit Arbeitervertretern in Verbindung gesetzt hat. Sein Vorgänger, der jetzige Reichskanzler, hat seinerzeit mit christlich-sozialen Arbeitersekretären und mit Arbeitersekretären der freien Gewerkschaften verhandelt, und wenn Herr Reiffers das auch getan hätte, dann würde er nicht einseitig unterrichtet sein. Es geschieht uns Unrecht, wenn man uns vorwirft, wir hätten das Feuer im Ruhrrevier angefaßt. Im Gegenteil, wir haben beabsichtigt, und wenn ein Streik verhindert wird, so haben Sie es uns zu verbanken. Der Streik wird aber kommen, wenn Sie nicht eingreifen und das Sklavensystem beseitigen. Nicht jetzt wird der Streik kommen, wo es den Arbeitgebern paßt, sondern die Arbeiter werden sich eine geeignete Zeit heraussuchen, und dann werden wir vor sie hinstreten und ihnen sagen, daß Sie schuld sind an diesem Streik, weil sie es unterlassen, die Rechte der Arbeiter zu wahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Oberbergdirektor Meißner macht einige Einwendungen über die Untersuchung der Rabdoder Katastrophe.

Abg. Naumann (fr. Vg.): Ich kann dem Staatssekretär gegenüber nur feststellen, daß mein Eindruck gestern der war, daß die einzige Stelle an der er wärmer Töne fand, jene Stelle war, an der er über die Aktionäre der Gruben sprach. Das machte mir umso mehr Eindruck, als die Dividenden der Aktien in der letzten Zeit dauernd gestiegen sind, während die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter aus verschiedenen Gründen sich nicht entsprechend verbessert hat.

Die Besprechung schließt. Nächste Sitzung am 11. Januar. Tagesordnung: Mecklenburgische Verfassungsfrage und Lehrermaßregelungen in Kattowitz.

Der Rheinfelder Streikprozeß

kommt nun am Mittwoch, den 22. Dezember, vor der Strafkammer 2 in Waldshut zur Verhandlung. Angeklagt sind 20 Arbeiter und 1 Dienstmädchen. 59 Zeugen sind geladen. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch. Voraussetzlich dürfte der Prozeß 2 Tage dauern.

Neueste Nachrichten.

Klagen von Abgeordneten u. Journalisten.
 Karlsruhe, 15. Dez. Wie der „Bad. Beobachter“ meldet, hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Schöfer gegen die Redaktion der „Bad. Landesztg.“ wegen Verleumdung den Klageweg beschritten.

Mannheim, 15. Dez. Vor dem hiesigen Schöffengericht gelangte gestern die Verleumdungsklage des Schriftstellers Dr. Ammon in Karlsruhe gegen den Redakteur Gauth von der hiesigen „Volkstimme“ zur Verhandlung. Gegenstand der Klage bildete ein gegen Dr. Ammon gerichteter Artikel mit der Ueberschrift „Der Schuppener Preussens“. Gauth wurde zu einer Geldstrafe von 25 M. verurteilt.

Es ist ein Nobum, daß ein im Tageskampfe stehender Journalist fortgesetzt mit Klagen gegen seine Gegner vorgeht. Man wird dies damit quittieren, daß man künftig eine Polemik mit Herrn Ammon ablehnt.

Die Schiffsabgaben.

Mannheim, 15. Dez. In der Sitzung des Bürgerausschusses teilte Oberbürgermeister Martin mit, daß Ausschuss dafür vorhanden sei, daß zwischen Baden und Württemberg ein Abkommen zustande kommt, um die Kanalisation des Rheins auch ohne Erhebung von Schiffsabgaben durchzuführen.

Dem Zentrumsabg. Reinhardt

erklärt unser Freiburger Korrespondent: Auf die Gemeinheit des Herrn Reinhardt, welcher im Landtag am Dienstag behauptete, in Freiburg hätten sozialdemokratische Tabakarbeiter die Pfarrhäuser abgebetelt, werden wir erst eingehen, wenn uns der stenographische Bericht vorliegt. Borerst wollen wir nur feststellen, daß in Freiburg kaum ein Waderbüchender Tabakarbeiter sind, welche weder einer politischen noch einer gewerkschaftlichen Organisation von uns angehören.

Herr Reinhardt scheint in die Fußstapfen des Herrn Belzer treten zu wollen. Er ist ja auch Arbeitervertreter.

Der „Hofgang“ eines Sozialdemokraten.

Meiningen, 15. Dez. Die bürgerliche Presse hat mit Behagen registriert, daß sich Genosse Wehder vor seiner Wahl zum zweiten Vizepräsidenten des Meiningener Landtages verpflichtet haben sollte, an der Vorstellung des Präsidiums beim Herzog und an etwaigen weiteren Besprechungen mit dem Herzog in Landesangelegenheiten teilzunehmen. Nun hat der erste „Hofgang“ des Genossen Wehder stattgefunden; er bestand darin, daß sich am Dienstag Mittag die beiden Vize in das herzogliche Residenzschloß begaben und sich dort in eine zu diesem Zwecke aufliegende Liste einschrieben. Während früher die drei Präsidenten zum Herzog befohlen wurden und dort tafelten, hat man diesmal „an höchster Stelle“ von diesem Brauch Abstand genommen.

Die kostspieligen Kaisermänöver.

München, 15. Dez. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer begann die Generaldebatte über den Militär-Etat. Mehrere Redner beklagten den Umfang und die Kostspieligkeit der bisherigen Kaisermänöver sowie die ungeheuren Anstrengungen, die dabei den Mannschaften zugemutet werden.

Neue Maßregelungen.

Kattowitz, 15. Dez. Zwei hiesigen Mittelschullehrern ist im Auftrage der Regierung zu Doppel die Eröffnung von ihrer demnächst erfolgenden Vereinerung von Kattowitz gemacht worden, weil sie für polnische Kandidaten gestimmt haben.

Politische Uebersicht.

Die Unterstützung der Tabakarbeiter.

Betreffs der Unterstützung geschädigter Tabakarbeiter hat der Bundesrat neue Ausführungsbestimmungen beschlossen. Diese Ausführungsbestimmungen sind jetzt den Oberzolldirektionen zugestellt worden, mit einem Begleit-schreiben des preussischen Finanzministers, in dem es heißt: „Die beteiligten Ausschüsse des Bundesrats waren darüber einig, daß der Bestimmung über die Gewährung von Unterstützungen an Arbeiter, die in einem der Bearbeitung oder Verarbeitung von Tabak gewidmeten Betriebe mit Zigarrenmachern, Stickenlebern oder ähnlichen mit der Tabakverarbeitung oder der verjandfähigen Herrichtung der Tabakerzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden, für den Betrieb erforderlichen Hilfsarbeiten beschäftigt gewesen sind, rückwirkende Kraft gegeben werde. In den Ausschüssen des Bundesrats herrschte auch noch Einverständnis über folgende Punkte: Aus der Reihenfolge der Artikel des Gesetzes ergibt sich, daß Arbeiter, die in Zigarrenfabriken beschäftigt gewesen sind, nicht zu den im Tabakgewerbe beschäftigten Personen im Sinne des Gesetzes gehören, also nicht unterstützungsberechtigt sind. Die Bestimmung, daß bei der Berechnung der Mindestzahl von 300 Arbeitstagen die Zeit nicht zu berücksichtigen ist, in der die Arbeit aus den angegebenen Gründen geruht hat, ist dahin zu verstehen, daß in solchen Fällen erforderlichenfalls auf die Zeit vor dem 1. August 1908 zurückgegriffen werden kann, um die Zahl von 300 Arbeitstagen herauszubringen. Derjenige, der wegen Krankheit arbeitsunfähig ist, kann für die Zeit der Krankheit keine Unterstützung erhalten. Wenn ein Arbeiter auf Wunsch des Arbeitgebers aus der Arbeit geschieden ist, obgleich er nach der zwischen ihm und dem Arbeitgeber bestehenden Abrede erst nach Ablauf einer bestimmten Kündigungsfrist hätte abgehen brauchen, kann dem Arbeiter für die Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist keine Unterstützung gewährt werden.“

Aus dem sächsischen Landtag.

Im sächsischen Landtag kam heute, Dienstag, zunächst ein freijünglicher Antrag, die Einschränkung der sogenannten stillen Zeit vor Ostern, zur Beratung. Die Minister des Innern und des Kultus verhielten sich ziemlich ablehnend und redeten dabei viel von den idealen Gütern der Nation, die nicht von den materiellen ganz in den Hintergrund gedrängt werden dürften. Unser Genosse Fr. A. H. D. erhob die weitergehende Forderung auf gänzliche Beseitigung der stillen Zeit, die eine große Schädigung weiterer Erwerbskreise mit sich brachte. Er ging dabei auch in ironischer Weise auf die sogenannten idealen Güter ein, die jedenfalls nicht in der Religion zu suchen seien. Des weiteren wurde über einen freijünglichen Antrag, Beseitigung der unsozialen Bestimmungen des Feld- und Forststrafgesetzes beraten. Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden. Der Antrag wurde der Deputation überwiesen. Von unserer Seite sprachen die Genossen H. H. I. und W. I. K. L. F. r.

Billiges Fleisch.

Am der lothringisch-französischen Grenze in Frankreich blüht der Fleischhandel, weil täglich Hunderte von deutschen Staatsbürgern zum „Erbschein“ hinüberwandern, um von ihm billiges Fleisch zu holen. In Lothringen in Frankreich sind z. B. das Pfund Speck und andere Fleischsorten bis zu 40 Pf. billiger als im nahegelegenen deutschen Groß-Moyeuve. Ein Grenzaufseher in Groß-Moyeuve zählte am Donnerstag 1700 Personen, die die gestatteten 4 Pfund Fleisch über die Grenze nach Deutschland holten.

Oberchlesischer Polizeiskandal.

Am Mittwoch voriger Woche wurde in Bismarckhütte die Gemeindefasse herabst; entwendet wurden 24.000 Mk. Mit der Verfolgung der Eindrehler wurde ein aus Berlin telegraphisch herbeigerufener Kriminalbeamter betraut. Am Samstag glaubte die Polizei die Eindrehler entdeckt zu haben. Der Ortskassierer des Zentralverbandes der

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

294

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Neunundvierzigstes Kapitel.

Als Oswald, ohne kaum zu wissen, wohin er sich wandte, die Straße hinabsteuerte, fühlte er sich plötzlich von jemand am Arm ergriffen. Es war Albert.

Albert hatte nach dem Zusammentreffen mit Herrn Schmendel seinen Beobachtungsposten in der Nähe des Palais auf einige Zeit aufgeben müssen, um sich in dem Hofe eines der nächsten Häuser das Blut abzuwaschen, das nach der Berührung von Herrn Schmendels schwerer Faust seiner Nase und seinem Munde reichlich entströmt war. Er war so zornig, wie er kaum je im Leben gewesen. Es war die Blut des Jägers, dem das Wild die Kunstreich getöbten, schlau gestellten Netze plump zerrissen hat. Dieser Töbel von einem Schmendel mit seiner dummen Ehrlichkeit wie hatte er den Menschen bearbeitet, wie hatte er ihm die Zukunft golden ausgemalt, und nun? Es war zum Rasendwerden! Der schöne, leichte, sichere Gewinn dahin! und weshalb? um nichts und wieder nichts, um einer ehrlichen Raube willen. Und wenn nun Oswald eine ähnliche Dummheit begeht! man kann die Spakenköpfe ja keinen Augenblick allein lassen. Und dabei will das verdammte Blut gar nicht stehen.

So hatte er weder Herrn Schmendel noch den Fürsten wieder aus dem Palais kommen, noch hatte er Oswald hineingehen sehen, und er kam jetzt noch eben zur rechten Zeit, um diesen, der die Straße hinabsteuerte, einzuholen.

Golla, Herr!
Was gibts?
Ja, das frage ich.
Bist du's?
Wer sonst? Wie ist es abgelaufen? Hat die Alte Klein beigegeben? und er wollte vertraulich seinen Arm in Oswalds Arm legen. Oswald trat einen Schritt zurück.

Maurer, Genosse Karfoss, übergab seinem Bruder 300 Mk. Silbergeld, damit er es in Gold umwechsle. Auf der Straße wurde der junge Mann von einem Polizisten verhaftet, da seine Angabe, das Geld gehöre dem Maurerverbande, nicht geglaubt wurde. Zwei Beamte begaben sich nun in die Wohnung des vermeintlichen zweiten Verhafteten, des Genossen Karfoss. Die Frage der Polizeibeamten, ob A. noch mehr Geld besitze, wurde bejaht und das Geld auf Verlangen vorgezeigt. Nunmehr wurde auch der zweite Karfoss verhaftet und das vorgefundene Geld (868,52 Mk.) sowie die Kassabücher des Verbandes beschlagnahmt. Genosse Karfoss konnte aber als Leiter des Verbandes aus den Büchern sehr bald die Herkunft der Gelder nachweisen. Trotzdem gingen die Beamten noch einmal in seine Wohnung und nahmen in der Nacht eine gründliche Hausdurchsuchung vor. Die Wohnung glied einem großen Trümmerhaufen. Endlich, am nächsten Tage, schen die Polizei ihren Fehlgrieff erkannt zu haben. Ein Beamter holte den Bezirksleiter des Maurerverbandes, den Genossen Baude aus Kattowitz, und nachdem er die Angaben der Verhafteten bestätigt hatte, wurden sie wieder entlassen und das Geld und die Bücher herausgegeben.

Ausland.

Die sozialpolitische Rückständigkeit des Schweizer Volkes hat in der Volksabstimmung des Kantons Zürich vom 12. Dezember eine neue Bestätigung erfahren. Vor Jahrzehnten auf politischem Gebiete und im Arbeiterstufbahnbrechend, ist mit der Entfaltung des Kapitalismus und der Zuspitzung der Klassengegenstände die noch immer vorherrschende kleinbürgerlich-kleinbäuerliche Demokratie immer mehr in reaktionäres Fahrwasser eingelaufen. Die Arbeiterversicherung ist noch immer ein Problem, von dem man nicht weiß, wie es gelöst werden wird. Und die andauernde Verwerfung sozialpolitischer Gesetze, neben der die Schaffung von Streikgesetzen und die unterschämteste Auffütterung des Großbauerntums aus Staatsmitteln einhergeht, zeigt, daß die demokratische Staatsform allein noch lange kein Alibi ist. Die am 12. Dezember verworfenen Gesetze waren weit entfernt von jedem Radikalismus. Das Gesetz zum Schutz der Arbeiterinnen sollte zehnstündige Arbeitszeit, 1 1/2stündige Mittagspause und Keimbrüdenschutz bringen; Forderungen, die bei uns größtenteils erfüllt, häufig auch schon überholt sind. Es fiel durch die unheilvolle Allianz der Kleingewerbetreibenden mit der „Bauernfront“, der auch die kapitalistische freisinnige Partei Heeresfolge leistete, mit 33 800 gegen 43 500 Stimmen.

Nach kennzeichnender ist die Verwerfung der bedingten Verurteilung, die nach den günstigen Erfahrungen mit der bedingten Begnadigung, nun sogar im deutschen Reich Gesetz werden wird. Hier mußte neben allgemeiner böswilliger Abneigung gegen jeden Fortschritt auch die beliebte Fremdenhete als Kampfmittel herhalten. Die Ausländer würden, wenn sie eine Straftat begangen hätten, einfach verschwinden, da sie zum erstenmal unbestraft blieben. Auch der rückständige, zum Katholizismus übergetretene Sohn des verdienten Berliner Ethikers Förster jagt mit am Karren der Reaktion. Seine Parole lautete: Erst Strafe, dann Erziehung! Vergebens traten die berufensten Fachleute, neben unsern Genossen Otto Lang und Robert Seidel (der die besten Namen des alten Züricher Bürgerturns ins Feld führen konnte) auch anerkannte bürgerliche Autoritäten für die Reform ins Feld. Sie wurde mit 40 000 gegen 35 500 Stimmen verworfen.

Wachsam ist dabei, daß beide Gesetze von der Volkssvertretung bereits angenommen waren. Das Referendum, bei dem auch die faulen, sonst politisch gleichgültigen Elemente zur Geltung kommen, hat sich hier wieder einmal als Hort des Konservatismus gezeigt. Immerhin befanden die Zahlen, die für den Fortschritt eintraten, daß die Zeit der Reaktion bald vorüber sein wird.

„Nähre mich nicht an! sagte er; oder ich zerfämetere dir den Kopf an der Wand.“

„So! sagte Albert, jetzt seinerseits zurückweichend; ist der auch verrückt geworden?“

„Ender Uebel! knirschte Oswald; Mensch, der aus dem Raster eine Spekulation und aus der Gemeinheit ein Gewerbe macht; lasse dich nie wieder auf meinem Wege sehen, oder du wirst es bereuen!“

Er wandte sich von Timm, der in dem ersten Augenblick blaß geworden war und dann in ein tolles Gelächter ausbrach, und eilte weiter. Es war ihm innerlich, wohin ihn seine Füße trugen! Er ging wie im Traum, und wie Traumbilder erschien ihm auch, was er sah und hörte: die neugierigen, erschrockenen Gesichter von Kindern und Frauen in den Fenstern und Türen; die dichten Haufen von Männern, die sich unter wilden Gestikulativen und lauten Ausrufungen Unerhörtes mitzuteilen schienen und dann auseinanderstoben, wenn eine Patrouille ammarschiert kam; das Rennen und Laufen, das Schreien und Pfeifen von Straßenbuben; und dazwischen das Wimmern der Stürmglocken von den Türmen. Dann, je weiter sich Oswald von dem Quartier, aus dem er kam, entfernte, wurde ein anderer Ton deutlicher: ein eigentümliches Anatern und Pfeifen und ein dumpfer Donner, vor dem selbst die Häuser erzitterten.

Aber das alles vermochte nicht, ihn aus seinem wachen Traume aufzurütteln; der Schmerz um das eigene zerstörte Lebensglück hatte ihn taub und blind gemacht gegen den Schmerz eines ganzen gemißhandelten Volkes. Da schreckte ihn jäh ein fürchterlicher Anblick empor. Aus einer Seitenstraße kam eilenden Laufs ein junger Mensch, rufend: Verrat, Verrat! Sie schießen auf uns! Des jungen Menschen Bluse war zerrissen und mit Blut beledet; sein Antlitz war bleich, sein Haar verwirrt; er taumelte, wie ein Trunkener, und plötzlich stürzte er, unmitelbar vor Oswald, zusammen. Oswald hob ihn auf; im Arm hatte sich ein Haufe von Männern und Frauen um sie gesammelt. Er stürbt! riefen die Männer; fluch über unsere Senker! Die Weiber heulten; eines rief: Nehmt

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

10. öffentliche Sitzung.

th. Karlsruhe, 15. Dez. 1909.

Der Präsident Rothmund eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Bodman, Ministerialdirektor Schulz, Ministerialrat Moser und Regierungskommissare.

Nach Bekanntgabe der Einläufe — Petitionen, Mitteilungen der ersten Kammer über dort erledigte Vorlagen, Schreiben des Ministers des Innern betr. Unterhaltung von Landstraßen (Erläuterung zu § 23 Titel 17 B des Spezialbudgets des Ministeriums — erstattet zum Gesetzentwurf betr. die

Vereinigung von Feudenheim und Mannheim

Abg. Kopf (Centr.) namens der Justizkommission Bericht, der im wesentlichen dem Entwurf und der ihm von der Regierung gegebenen Begründung folgt. Er bedauert, daß ein Gemeinwesen von 5000 Seelen seine Selbstständigkeit aufgeben, beantragt aber namens der Kommission die Annahme des Gesetzes.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Mit der Eingemeindung Feudenheims ist eine starke finanzielle Belastung Mannheims verbunden. Es ist richtig, daß Mannheim einen bedeutenden Zuwachs an Geländeeigentum erhält, aber für die nächsten Jahre wird sich daraus kein greifbarer Vorteil ergeben. Denn Mannheim wird nicht, wie Feudenheim es im Jahre 1905 getan hat, um seine Finanzen zu sanieren, Gelände verkaufen. In ganz kurzer Zeit würde dort das gewonnene Kapital aufgebraucht sein, und der Steuerfuß, da wirtschaftliche Aufwendungen nötig sind, ungeachtet in die Höhe gehen. Die Regierung hat behauptet, Feudenheim habe seine finanziellen Verhältnisse unter sich. Aber die Regierung irrt gerade, wie sie sich 1901 geirrt hat mit ihrer Meinung, Feudenheim werde in absehbarer Zeit noch keine Wasserleitung erhalten; aber 1905 fing man damit an, und 1906 wurde sie in Betrieb gesetzt. Würde Feudenheim jetzt nicht in Mannheim einverleibt, so würden die wirtschaftlichen Verhältnisse in Feudenheim immer mehr zurückgehen und schließlich hätte doch die Eingemeindung erfolgen müssen. Zum Schluß will ich noch anfragen, ob Mannheim, nachdem seine Einwohnerzahl so gestiegen ist, ein sechstes Mandat für den Landtag erhält. Die Vorbedingungen dazu sind gegeben. Vielleicht kommt auch die Meinung auf, in dieser Session zu Mannheim. Das ist unbedingt notwendig. Dann wird sich die Landgemeinde Seckenheim ihre Selbstständigkeit bewahren können.

Abg. Weichelt (Soz.):

Der Hauptfaktor, der Feudenheim zur Vereinigung mit Mannheim drängt, war, daß die Arbeiter an den künftigen Vorteilen teilnehmen wollten. Ich gratuliere Feudenheim zur Eingemeindung. Es hat gut abgesehen dabei und wird große Vorteile erlangen, wie Kanalisation, Straßenbauten, Erweiterung des Volksschulunterrichts. Auch die Almendenfrage ist in der besten Weise gelöst.

Abg. Säckling (Soz.) äußert sich über die frühere Entwicklung Feudenheims und seines Verhältnisses zu Mannheim und empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Minister v. Bodman: Es ist richtig, daß die Regierung nicht mit der reinen Freude an die Vereinigung von Feudenheim und Mannheim herangetreten ist, wie an die von Dorf und Stadt Rehl. In der Frage der Wasserleitung haben wir uns allerdings geirrt. Die Verhältnisse habe ich mir selbst in Feudenheim angesehen und sie mit dem Gemeinderat erörtert, noch bevor die Verhandlungen mit Mannheim eröffnet waren. Schließlich ist aber die Hauptsache, daß die Regierung ihre Bedenken überwunden und Ihnen das Gesetz vorgelegt hat. Über der Grundlag muß aufrecht erhalten werden, daß es nicht genügt, wenn zwei Gemeinden ihre Vereinigung beschließen. Die Regierung hat die Pflicht, dabei zu prüfen, ob die öffentlichen Interessen des Landes und die Interessen der beiden betreffenden Gemeinden die Vereinigung wünschenswert machen. Die Auflösung einer Gemeinde ist immer ein tiefgreifender gesetzlicher Akt, bei dem die Regierung auch an die nachkommende Generation denken muß, was nicht immer an den betreffenden Orten geschieht. Erfreulich war mir die Versicherung

ihn doch dem Herrn ab! seht ihr nicht, daß der sich selbst kaum auf den Weinen halten kann? Ein Mann nahm den Sterbenden aus Oswalds Armen. Da fühlte Oswald sich von jemand aus dem Gedränge gezogen. Als er sich umwandte, erblickte er Berger. Oswalds Seele war in den letzten Stunden von so viel Außerordentlichem bestrahlt worden, daß selbst das Selbstmitleid, Unerwartete ihn vorbereitet traf. Und wenn es einen Menschen gab, den er in diesem Augenblick zu sehen wünschte, so war es sein Freund und Lehrer, sein Schicksalsgenosse. Oswald fragte nicht: wie? und woher? er stürzte sich dem Wiedererwachten in die Arme.

„Gut, daß du da bist, sagte Berger hastig; komm, lasse die Toten ihre Toten begraben. Wir wollen schaffen und arbeiten, so lange es Tag ist.“

Sie eilten zusammen weiter. Mit jedem Schritte, den sie machten, kamen sie dem Krater der Revolution, die seit ein paar Stunden zum Ausbruch gekommen war, näher. In diesem Stadteil erhoben sich schon, von tausend tapferen und geschickten Helden aufgeführt, Barrikaden, die von todesmüden Männern und Knaben, meistens aus den niederen Volksklassen, besetzt wurden. Man konnte von der Widerstandsfähigkeit dieser improvisierten Festungen keine allzu großen Hoffnungen haben, wenn man sah, daß sie meistens aus einem, wenn es hoch kam, aus mehreren umgestürzten Bogen, abgerissenen Planken und anderen in der Eile zusammengegerafften Gegenständen erbaut waren, und daß die Waffen ihrer Verteidiger zumeist in alten rostigen Säbeln, Lanzen, Flinten ohne Schloß und ähnlichen Instrumenten bestanden.

Berger blieb hier stehen, Rat ertheilend, anfeuernd, mit seiner tiefen tönenden Stimme: Zu den Waffen! Zu den Barrikaden! rufend; aber so oft Oswald sich an dem Bau einer derselben beteiligen wollte, hielt er ihn davon zurück. Nicht hier! sagte er; dies sind nur unsere Vorposten, die doch wieder eingezogen werden müssen. In diesen geraden breiten Straßen lassen sich keine Barrikaden mit Erfolg verteidigen. Das Gros der Revolution steht weiter zurück.

„Auf den Herren! seht ihr nicht, daß der sich selbst kaum auf den Weinen halten kann? Ein Mann nahm den Sterbenden aus Oswalds Armen. Da fühlte Oswald sich von jemand aus dem Gedränge gezogen. Als er sich umwandte, erblickte er Berger. Oswalds Seele war in den letzten Stunden von so viel Außerordentlichem bestrahlt worden, daß selbst das Selbstmitleid, Unerwartete ihn vorbereitet traf. Und wenn es einen Menschen gab, den er in diesem Augenblick zu sehen wünschte, so war es sein Freund und Lehrer, sein Schicksalsgenosse. Oswald fragte nicht: wie? und woher? er stürzte sich dem Wiedererwachten in die Arme.“

„Gut, daß du da bist, sagte Berger hastig; komm, lasse die Toten ihre Toten begraben. Wir wollen schaffen und arbeiten, so lange es Tag ist.“

des Herrn ...

In den ...

Abg. Sa ...

Abg. We ...

Abg. Säck ...

Minister ...

Der Prä ...

So kamen ...

„Auf den ...

„Nicht hier ...

des Herrn Abg. Vogel, daß Mannheim mit den Eingemeinungen nun halt machen will, daß auf Sedentheim nicht mehr reflektiert wird, sondern nur noch auf die Rheinau, was allerdings große Schwierigkeiten machen wird. Was die Wahlkreis-einteilung anbelangt und die Anregung, nun auch Mannheim den 6. Abgeordneten zu schaffen, so ist zu bemerken, daß der ländliche Wahlkreis auch nach dem Ausschneiden Feudenheims immer noch den Landesdurchschnitt und den höchsten Durchschnitt für ländliche Wahlkreise überschreitet. Dem kommenden Landtag wird indes ein Gesetz über die Wahlkreis-einteilung vorgelegt werden; ob Mannheim dabei zum sechsten Abgeordneten kommen werde, ist aber jetzt noch nicht zu sagen.

Abg. Süßkind (Soz.):

In den Wahlrechtskämpfen von 1908/04 hat der Mannheimer sechste Abgeordnete eine große Rolle gespielt. Nur weil die Vorlage von der ersten Kammer unbeanstandet zurückkam, wollte man damals nicht noch Veränderungen und damit Schwierigkeiten schaffen, und die zweite Kammer half sich mit einer Resolution, daß bei einer Regulierung der Wahlkreise auch Mannheim den sechsten Abgeordneten erhalten solle. Und der Staatsminister v. Brauer, sowie der Minister Schenkel hat sich namens der Regierung damit einverstanden erklärt. Ich hoffe, daß an dem gegebenen Wort der Regierung nichts geändert wird.

Minister v. Bodman: Ich weiß nicht, ob die Darstellung des Abg. Süßkind richtig ist. Mir ist das nicht bekannt. Selbstverständlich wird das Wort der Regierung, das einmal gegeben ist, auch eingelöst.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. In eine Spezialberatung wird nicht eingetreten und das Gesetz wird dem Antrage der Kommission gemäß in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht der Petitionskommission in betreff der Nachweisungen über die Erledigung der dem Staatsministerium während des Landtags 1907/08 von der zweiten Kammer überwiesenen Petitionen.

Abg. Schmidt (Karlsruhe) als Berichterstatter nimmt Bezug auf den gedruckt vorliegenden Bericht, der 133 Petitionen genau 171 Petitionen, von denen aber einige als zusammengefasst unter einer Nummer aufgeführt werden) enthält. Die Regierung hat über die Art der Erledigung sämtlicher ihr überwiesenen Petitionen eine Mitteilung an die Kammer gelangen lassen. Auf diese Mitteilung hat die Kommission, der bisherigen zweckmäßigen Übung folgend, sich beschränkt. In einer sachliche Prüfung der Frage, ob und inwieweit die Regierung bei Erledigung der Petitionen denen den Beschlüssen des Hauses zum Ausdruck gebrachten Wünschen gerecht geworden ist, hat die Kommission nicht eintreten können. Eine große Anzahl gerade der wichtigsten Petitionen, auf welche diese Nachweisung sich mit erstreckt, insbesondere aus dem Gebiet des Eisenbahnwesens, sind von andern Kommissionen während des letzten Landtags behandelt worden. Eine sachliche Nachprüfung würde auch einen großen Zeitaufwand und damit eine Verzögerung der Verhandlung über die Nachweisung im Hause bedingen. Der Hauptwert der dem Hause gegebenen Nachweisungen besteht aber gerade darin, daß die Kammer sowohl wie die Öffentlichkeit schon bei Beginn ihrer Arbeiten über die Stellungnahme der Regierung zu den Beschlüssen des letzten Landtags unterrichtet wird. Damit wird dem Hause die Möglichkeit gegeben, bei den weiteren Beratungen seinerseits an die einschlägigen Fragen soweit erforderlich auf neue heranzutreten. Die beteiligten Kreise der Bevölkerung werden in den Stand gesetzt, ihre Wünsche und Beschwerden, soweit sie Berücksichtigung nicht gefunden haben, wiederholt den Landständen zu unterbreiten und gegenüber erhabenen Einterwendungen weiter zu begründen. Ueber einzelne Gegenstände sind auch Gesetzentwürfe angekündigt. Die Kommission glaubt daher diesen Bericht dem Hause lediglich zur Kenntnisnahme vorlegen, von Stellung irgendwelcher Anträge aber absehen zu sollen. Eine Erklärung des Einverstehens mit der Art der Erledigung der Petitionen durch die Regierung darf hierin nicht erblickt werden.

Der Präsident Morhsch stellt fest, daß das Haus in eine Generaldebatte nicht eintreten will und teilt mit, daß der Seniorenkongress zu den einzelnen Petitionen vorschlägt, zu den Petitionen, über die schon früher länger verhandelt worden ist, oder die eine Materie betreffen, welche aus andern Anlässen das Haus ohnehin wieder beschäftigen wird, längere Ausführungen nicht zu machen. Das gelte namentlich von den Eisenbahnpetitionen, sowie von den Petitionen betr. den Elementarunterricht und das Vermögenssteuergesetz.

So kamen sie in die Lange Straße, die von dem Schloßplatz in ein dichtbesetztes Quartier des Kleinhandels und des Kleingewerbes führte. Aus der Lange Straße gelangte man durch eine schmale Gasse, in welcher der Duft der Kaffeebohnen lag, in die Schmelzerstraße. Ueberall hier schwirrte und wirrte es wild durcheinander. Vom Schloßplatz her trachten die Gewehrfaßer und schmekteten die Kanonenschläge; aber noch nirgend sah man den Anfang von Barrikaden.

Sind diese Menschen wahnsinnig! rief Berger; wenn sie sich hier nicht verschansen wollen, wo soll es denn geschehen?

Auf den Stufen eines Eckhauses, umdrängt von Volkshäufen, stand ein Herr mit weißer Halsbinde und sprach eifrig auf die Leute ein: Se. Majestät hat die Deputation huldvollst zu empfangen geruht — Was da Majestät! schrie eine zornige Stimme; — Se. Majestät geruht! jetzt eben huldvollst, seine getreuen Untertanen niederzufartätseln! rief eine andere. Meine Herren, schrie der Redner, geben Sie nicht Gefühlen des Hasses und der Rache Raum! Se. Majestät willigt in die Zurückziehung des Militärs, sobald Sie die Waffen aus der Hand gelegt — Und Ihre Kehlen dem Messer des Mörders dargeboten haben, rief mit gewaltiger Stimme Berger, der plötzlich neben dem Redner in der weißen Halsbinde auf der Treppe erschien.

Sein graues Haar hing ihm wild um das unbedeckte Haupt; seine Augen glühten, es war, als ob die Revolution selbst Gestalt und Stimme angenommen hätte. Nun, rief er weiter, hier zaudert und verhandelt noch immer, während eure Brüder wenige Straßen von euch ermordet werden! Ruht du ewig glauben, du gläubiges, so oft und so schamlos belogenes Volk, nun so gläubig: Dir wird keine Konzession gemacht, die du nicht erkämpft, und keine Freiheit gewährt, die du nicht mit deinem Blute bezahlt hast. So feilscht und markt nicht länger, geht ihn her, den

Beim Aufruf der einzelnen Petitionen wird von Abgeordneten aller Parteien vielfach dem Bestreben Ausdruck gegeben, daß die Regierung den Wünschen kein Gehör geschenkt hat und daß namentlich auch in Bezug auf Herstellung von Güterladestellen, Haltestellen, sowie auch auf Verbesserung von Bahnhofsanlagen und dergleichen den Wünschen der Kammer wenig Rechnung getragen worden ist. Längere Ausführungen materieller Art werden dabei vom Präsidenten unter Hinweis auf den Beschluß des Seniorenkongresses mehrfach abgeschnitten, weshalb von vielen Rednern weitgehende Erörterungen für andere Gelegenheiten angekündigt werden. Die Verhandlung gelangt indes nur bis zu der unter Nr. 48 aufgeführten Petition. Die Weiterberatung wurde auf Antrag des Abg. Süßkind bezug. in Rücksicht auf die Budgetkommission auf Freitag vertagt.

Längere Debatten entspannen sich bei folgenden Petitionen: Die Gemeinde Ollsbach hatte Errichtung einer Haltestelle zwischen Ollsbach und Reidenbach gewünscht. Da die beiden Gemeinden über die Maßfrage sich noch nicht geeinigt haben, ist die Regierung der Sache noch nicht näher getreten, zumal sie ein Bedürfnis nicht anerkennt. — Gegenüber dem Abg. Morgenthaler (Zentr.) erklärt Ministerialdirektor Schulz, er habe durch das Bezirksamt Offenburg vergeblich eine Einigung der Gemeinden herbeizuführen gesucht. Auf Grund der Debatte kommt Abg. Monch (Soz.) zu der Auffassung, daß das Bezirksamt wohl irrtümlich fehlgegriffen habe, und bitte die Regierung, sich der Sache eingehend anzunehmen.

Zu den Petitionen der Steinhauermeister des Main- und Taubertals, sowie des Pfingstals bemerkt

Abg. Willi (Soz.):

daß den Erklärungen und Verfügungen der Regierung und den Kammerbeschlüssen zuwider mehrfach Steinhauerarbeiten an Staatsbauten an außerbetriebliche Firmen vergeben worden sind. Er heute wieder habe er die Nachricht erhalten, daß in beiden Bezirken wieder Arbeiterentlassungen vorgekommen sind. In Rücksicht auf die Notlage des Gewerbes, zumal in Hinsicht auf die ungläubig gedrückten Löhne der Steinarbeiter, sei es in erster Linie Aufgabe der Regierung, die Aufträge der heimischen Industrie zuzuwenden.

Abg. Maier (Soz.) wies auf die traurigen Verhältnisse im Main- und Taubertal hin. Beim Heidelberger Bahnhofsbau ist trotzdem ein Unternehmer mit heftigen Steinbruchbesitzern in Verbindung getreten. — Abg. Neuhaus (Ztr.) drückt sein Erstaunen über die Materiallieferung aus, bei solchen Bauten sollten vor allem badische Steine zur Verwendung gelangen. — Ministerialdirektor Schulz sagt, daß das auch geschehe, beim Heidelberger Bahnhofsbau sei der Firma Holzmann auch die Verwendung von Redarsteinen zur Aufgabe gemacht worden, da solche aber wohl auch im Oberrhein vorkommen, lasse sich eine ganz strenge Durchführung der Auflage nicht durchführen. — Abg. Stierich (Ztr.) regt an, mehr Kleinmeister bei Staatsbauten zu berücksichtigen und über die Herkunft des Materials Bestimmungen zu treffen. — Abg. Schöfer (Ztr.) bemerkt auf die starke Abwanderung aus dem Taubertal, die unterbleiben werde, wenn den Leuten Arbeit geboten wird; damit sei das Interesse des Staates gegeben.

Abg. Maier (Soz.):

läßt die Erklärung der Regierung bezüglich der Firma Holzmann nicht gelten. Wie die Firma sich nicht um die Bestimmung kümmere, daß inländische Arbeiter den ausländischen vorgezogen werden sollen, so lasse sie auch die Materialbestimmungen nicht gelten; das eine wie das andere mache die Firma, wie sie wolle. Die Firma wolle die Unterbietung um eine Million wieder einbringen, daher habe sie auch Steinbrüche im Oberrhein neu angekauft. Die Kritik, die der Eisenbahnbau gegenüber in der Steinindustrie schaffe, sollte nicht noch künstlich verschärft werden.

Abg. Willi ist auch nicht befriedigt durch die Erklärung des Regierungsvertreter. Beispielsweise werden beim Bahnhofsbau in Singlingen ausschließlich pfälzische Steine verwendet.

Abg. Kurz (Soz.) weist auf die hohe Mäße der Pfingstaler Steinindustrie in den 80er Jahren hin. Früher waren dort Steinbrüche mit 80 bis 90 Steinbauern, jetzt sind viele derselben außer Betrieb, andere beschäftigen nur wenige Leute. Es liege daher im allgemeinen Interesse, daß die Regierung der Pfingstaltsteinindustrie Aufmerksamkeit schenke. — Abg. Neuhaus (Ztr.) führt Klage darüber, daß der Heidelberger Bahnhofsbau nur einer einzigen großen Firma übertragen worden sei. — Das bestreitet Ministerialrat Wolpert; die Firma Holzmann habe nur den Tunnelbau; kleinere Meister werden auch heran-

teuren Preis um das teure Gut! Um der Freiheit willen, greift zu den Waffen!

Zu den Waffen! Zu den Waffen! donnerte es von allen Seiten. Wir wollen siegen oder sterben! Zu den Waffen!

Die waffenlosen Arme streckten sich wie zum Schwur in die Luft.

Berger war von der Treppe hinabgesprungen. Man umringte ihn; man drückte ihm die Hände. Einige forderten ihn auf, die Sache in die Hand zu nehmen, da es doch ohne Führer nun einmal nicht gehe.

Berger sah sich um. Plötzlich eilte er auf einen langen Herrn los, der sich rasch durch die Menge drängte.

Das ist der Mann, schrie er, den langen Herrn bei der Hand fassend. Er muß unser Führer sein! Treten Sie auf die Treppe, Oldenburg, und sprechen Sie!

Oldenburg war mit einem Satz auf der Treppe. Meine Herren! rief er, seinen Gut lüftend, huldigen wir der Mode des Tages und bauen wir eine Barrikade. Ich habe vor zwei Wochen eine kurze Lehrzeit im Barrikadenbau auf den Straßen von Paris durchgemacht. Wenn Sie in Ermangelung eines besseren sich meiner Künste bedienen wollen — ich bin herzlich gern bereit, mit Ihnen zu bauen, mit Ihnen zu kämpfen, mit Ihnen zu siegen, wenns sein kann, mit Ihnen zu sterben, wenns sein muß.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.
Donnerstag, 16. Dez. B. 23. „Die Liebe wagt“ (L'Amour veille), Lustspiel in 4 Akten von Caillabet und Fiers. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
Freitag, 17. Dez. (17. Vorst. auf Aboum.) Zweites und letztes Gastspiel der Agl. Sächsischen Kammerjägerin Sigrid Arnoldson. „Rakme“, Oper in 3 Akten von Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

gezogen, die Arbeiten werden in Dosen ausgegeben, aber für alle Arbeiten lasse sich das nicht durchführen, teilweise brauche man ganz leistungsfähige Firmen. Die Redarsteinbrüche haben von Holzmann die zuletzt von ihm gezahlten Preise um 20 Proz. erhöht, was einen Preisunterschied von 200 000 M. ausmache. Die Zahlung dieser Summe Holzmann zugumuten, wäre unwirtschaftlich gewesen.

Die unter Nr. 28 aufgeführten Petitionen der Maurerverbände, betr. die Verwendung ausländischer Arbeiter, sind, wie Abg. Willi (Soz.) mitteilt, nicht zur vollen Berücksichtigung gelangt; er behält sich nähere Ausführungen bei Besprechung der sozialdem. Interpellation vor.

Abg. Breitenfeld (Soz.) rügt die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, solange noch inländische Arbeiter vorhanden sind.

Die Wünsche der Gemeinde Bruchhausen und der Nachbargemeinden, betr. Errichtung einer Güterstation, unterstützt Abg. Schwall (Soz.) lebhaft; man solle nicht erst warten, bis das Bedürfnis voll nachgewiesen sei, sondern den Interessen der Gemeinden auch entgegenkommen.

Nachdem mehrfach der Standpunkt der Regierung, mangels Bedürfnis oder wegen Mangel an Zeit oder in Rücksicht auf die Finanzlage den geäußerten Bahnbauwünschen nicht näherzutreten, schon Widerspruch hervorgerufen hatte, stellt wegen der gleichen Haltung gegenüber den auf Erbauung einer Bahn Wolfach-Nippoldsbau (Petition Nr. 39) gerichteten Bestrebungen Abg. Neuhaus (Ztr.) den Antrag, die Regierung möge eine genaue Erklärung abgeben, weshalb sie die Grundlage dieser Petition nicht näher geprüft habe.

Abg. Süßkind (Soz.) erwidert, daß man über den Antrag, zuerst in den Fraktionen beraten müsse, und Abg. Neuhaus (natl.) ist der gleichen Meinung. Die Beratung über diesen Antrag wird nicht fortgesetzt.

Zu der Petition betr. Bahnbau von Pforzheim nach Bretten (Nr. 41), die die Regierung mit kurzer Bemerkung ad acta gelegt hat, bemerkt

Abg. Stodinger (Soz.):

es habe gar keinen Zweck, derartige Petitionen an die Regierung zu richten. Wir in Pforzheim sind daran gewöhnt, daß sie nicht beachtet werden. In der letzten Zeit sind über tausend neue Arbeiter in Pforzheim eingestellt worden, und es herrscht das lebhafteste Interesse, gerade in dem Industriebezirk Pforzheim bessere Bahnverbindungen zu haben. Auch ist es ein Lebensbedürfnis, billige Lebensmittel zu beschaffen, und dazu trägt eine gute Eisenbahnverbindung bei. Ich muß es hier einmal aussprechen, daß in allen Kreisen unseres Bezirks eine große Erbitterung über diese Angelegenheit herrscht.

Der Abg. Dornwald weist auf eine spätere Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage hin. — Nach einer Bemerkung des Ministerialdirektors Schulz bemerkt

Abg. Stodinger (Soz.), daß der Ministerialdirektor zwar gesagt habe, daß die Prüfung abgeschlossen sei, es sei aber noch die Frage, was nachher geschehen werde.

Nächste Sitzung: Freitag, 17. Dez., vormittags halb 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, ferner Interpellation König betr. Schiffschadgaben. — Freitag findet auch nachmittags noch eine Sitzung statt, ebenso am Samstag.
Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

**Badische Politik.
Aus dem Landtage.**

Im Seniorenkongress

wurden gestern wichtige Beschlüsse behufs Abföhrung der Debatten gefaßt. Zunächst wurde bestimmt, daß die allgemeine Finanzdebatte am Dienstag, 11. Januar, beginnen soll. Sodann will man, wie im Reichstag, die Plenarsitzungen jeweils nachmittags abhalten; die Vormittage sollen für die Beratungen der Kommissionen frei bleiben. Wenn irgend möglich, soll jeden Tag eine Plenarsitzung stattfinden. Ferner soll wie im Reichstag für die Generaldebatte das System der Fraktionsredner eingeföhrt werden und zwar in der Weise, daß die großen Fraktionen je 2 bzw. 4 Fraktionsredner stellen, die kleineren je 1 bzw. 2. Man hofft dadurch eine wesentliche Beschleunigung in der Erledigung der Arbeiten zu erzielen. Es steht zu hoffen, daß die Fraktionen diesen Vorschlägen des Seniorenkongresses zustimmen.

Die Budgetkommission

beriet gestern Nachmittag über das Budget der Wasser- und Straßenbauverwaltung. In diesem Budget war unter dem Titel allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung drei Stellen weniger angefordert, die künftig durch nichtetatmäßige Beamte ersetzt werden sollen. In der Kommission machen sich dagegen sehr lebhaft Bedenken geltend. Die Regierung besteht darauf, daß die betreffenden Stellen wegfallen, sie sollen auch nicht durch nichtetatmäßige Beamte besetzt werden. Damit erklärt sich die Kommission einverstanden. Wie auf früheren Landtagen so wurde auch jetzt wieder lebhaft über die Frage des Vorbereitungsdienstes der Ingenieurpraktikanten und die Annahme der Diplomingenieur verhandelt. Die Regierung steht im wesentlichen auch auf ihrem bisherigen Standpunkt. Von sozialdem. Seite wird die Anregung gegeben, der Staat möge die Kosten der Deering der Landstraßen übernehmen. Seitens der Regierung wird dazu bemerkt, daß der Staat bereits die Hälfte dieser Kosten trage. Ferner legen die Vertreter der Sozialdemokratie Beschwerde dagegen ein, daß keiner ihrer Vertreter und auch keiner aus der Mitte der Arbeiterschaft in den Wasserwirtschaftsrat berufen wurde. Der Minister erklärte, daß die Bildung des Wasserwirtschaftsrats nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolge.

Die Regierung legte gestern eine Denkschrift über die bedeuende Unterhaltung der Landstraßen vor; darnach sind 1 061 089 Kilometer ausgeführt, 219 680 Kilometer sind noch auszuführen. Die Gesamtlänge der Landstraßen beläuft sich auf 1 280 707 Kilometer. — Das Budget der Wasser- und Straßenbauverwaltung wurde genehmigt. Beim Titel geologische Landesaufnahme wird die Donauverföderung bei Wöhringen besprochen. Der Minister erklärt, daß die Regierung eine geologische Untersuchung angeordnet habe. Sie sei befreit, die badischen Interessen nach Kräften zu wahren. Ferner gab der Minister bekannt, daß das Institut der geologischen Lan-

Besaufnahme an die Freiburger Universität verlegt werde. Die Uebersiedlung dürfte voraussichtlich am 1. Oktober 1910 erfolgen.

In der Kommission für Justiz und Verwaltung wurde gestern Nachmittag der Gesetzentwurf betreffend die Aenderung der Fahrnisversicherung beraten. Dieser Gesetzentwurf bezweckt, das badiische Fahrnisversicherungsgesetz mit den bezüglichen reichsgesetzlichen Bestimmungen in Uebereinstimmung zu bringen, durch welche Ueber- und Doppelversicherungen verboten sind, insoweit der Versicherte sich dadurch einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft. Die Kammer hat an dem Entwurfe der Regierung einige formelle Aenderungen vorgenommen. Die Kommission beschließt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ein sozialdemokr. Antrag, die Versicherungsgesellschaften stärker als vorgelesen zu den Kosten des Feuerlöschwesens heranzuziehen, wird abgelehnt. Sodann bestimmt die Kommission zu Berichterstaten über das Gesetz betreffend die Irrenfürsorge den Abg. W. L. Müller (Zentr.), über das Gesetz betreffend die Vereinfachung der Grund- und Pfandbücher den Abg. Dr. Frank (Soz.).

Einen Herzeinsall

erlebte in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer das Zentrum mit seiner Bosheitspolitik. Anlässlich der Beratung über die Erledigung der dem letzten Landtag vorgelegenen Petitionen pläzte das Zentrum mit dem folgenden Antrag heraus:

„Die Kammer wolle ihr Bedauern darüber aussprechen, daß die der Regierung im letzten Landtag empfehlend überwiesenen Petitionen betreffend Erstellung neuer Bahnlirnen keine Beachtung geschenkt, insbesondere nicht einmal Erhebungen darüber angestellt habe.“

Die Absicht, die das Zentrum mit diesem Antrag verfolgte, war nicht schwer zu erraten. Genosse Süßkind beantragte Abiegung dieses Antrages von der Tagesordnung. Der Antrag wird also geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Die Dr. Frank'sche Reichstagsrede

Kommt der gesamten Presse des Zentrums recht ungelogen. Gen. Dr. Frank hat mitleidslos den brüchigen Schleier von dem monarchischen und staatsstreuen Zentrum weggezogen, das in Baden so großes Geschrei erhebt, weil der Großblock bei den Stichwahlen Liberale und Sozialdemokraten wider die Zentrumsgefahr vereinigt hat. Wir werden in unserer nächsten Nummer die vortrefflichen und geistreichen Darlegungen Dr. Frank's über den badiischen Großblock ausführlich wiedergeben, weil in unserm Reichstagsbericht notwendigerweise in jedem einzelnen Falle eine Kürzung der Ausführungen der Redner stattfinden muß. Auf einen Umstand aber wollen wir schon heute hinweisen und zwar darauf, wie die Zentrumspresse die Dr. Frank'sche Rede behandelt. Unser Blatt gab die Erwiderung des Zentrumsführers Fehrenbach, des badiischen Kammerpräsidenten a. D., in ziemlicher Länge — in 108 Zeilen — wieder, um den Lesern ein möglichst objektives Bild über den Gang der Debatte zu geben. Davon ist die Zentrumspresse weit entfernt. Der „Bad. Beobachter“ speist Frank's zweifelhafte Rede am Dienstag mit 25 Zeilen ab, gibt aber am gestrigen Mittwoch der „Kritik“, „Köln. Volksztg.“ in 39 Zeilen das Wort, um Dr. Frank zu verhöhnern und seine Rede als einen Ausbund von Zentrumsdummheit hinzustellen. Der Redner des Zentrums, Herr Fehrenbach, erhält zwar in der Dienstagsnummer des „Bad. Beobachter“ auch nur 11 Zeilen gewidmet, dafür aber am Mittwoch 198 Zeilen.

Am tollsten treibt es der ultramontane „Freib. Wote“. Er läßt Fehrenbach mit 95 Zeilen zum Wort kommen, den Gen. Dr. Frank wie folgt:

Abg. Dr. Frank (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Hans Ehler von Püttlich.

Ganze 1 1/2 Zeilen! Zeigt das nicht von großer Objektivität? Es ist selbstverständlich, daß jedes Rednerorgan die Redner der eigenen Partei bevorzugt, aber den Gegner wie der „Freib. Wote“ mit 1 1/2 Zeilen abzutun, das bringen nur Zentrumsblätter fertig, die mit Vormürfen gegen die nichtklerikale Presse bei jeder Gelegenheit zur Hand find.

Die arbeitslosen Tabakarbeiter.

Nach den neuern Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Unterstüzung der durch die Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Zigarrenarbeiter werden in Zukunft die Unterstüztungen jeweils nur noch auf die Dauer von höchstens zwei Monaten gewährt, jedoch können alsdann die Gesuche wiederum erneuert und Unterstüztungen bewilligt werden. Die bisher gültig gebliebenen Unterstüztungsbewilligungen können zwecks Umschreibung demnächst den Behörden vorgelegt werden.

Schulbesuch in Baden.

Der Besuch der höheren Schulen im Schuljahr 1908/09 stellte sich wie folgt: Gymnasium 5363 Schüler, Realgymnasium 2635 Schüler, Oberrealschulen 4433 Schüler, Realprogymnasium 714 Schüler, Realschulen 4908 Schüler, Höhere Bürgerschulen 354 Schüler. Die Gesamtzahl der Schüler betrug demnach 18 407 Schüler. Die höheren Mädchenschulen wurden von 5206 Schülerinnen besucht.

Kommunalpolitik.

Arbeitslosenfürsorge.

Keine Arbeitslosen-Versicherung in Nürnberg! In Nürnberg sollte sich am 10. Dezember der Stadtmagistrat mit dem Entwurf für eine Arbeitslosenversicherung befassen, den ein hierzu eingesetzter Ausschuß aufgestellt hat und der eine Verbindung des Berner Unterstüztungssystemes mit dem Wiener System empfiehlt. Mit dieser Frage befaßt man sich nun schon seit einem vollen Jahre. Nach wiederholten Beratungen einigte sich der Ausschuß über den Entwurf, auf dessen Annahme im Plenum sicher zu rechnen sein sollte. Am Freitag aber ergab sich, daß inzwischen ein vollkommener Umsturz in den Anschauungen eingetreten war. Von allen

Seiten erhob sich Widerstand dagegen, überhaupt in die Beratung einzutreten; selbst die Herren, die im Ausschuß für den Entwurf eingetreten waren, traten nunmehr als Gegner auf. Als Verteidiger stand der Sozialdemokrat Genosse Treu allein auf weiler Flur. Die freijünnigen Herren hatten auf einmal allerlei Bedenken: die Sache sei noch nicht genügend „bereift“, man kenne die finanziellen Folgen nicht, man solle warten, bis der Staat zur Frage Stellung nimmt usw. Eine freijünnige Leuchte war indessen so unvorsichtig, den wirklichen Grund auszulaudern, ihm paßt es nicht, daß auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen unterstüzt werden sollen. Er beantragte, die Sache „auf ein paar Jahre“ zu vertagen, was jedoch bedeutet, als sie auf Nimmerwiedersehen in den Papierkorb zu versenken. Zum Schluß wurde ein Vermittlungsantrag angenommen, die Beratung bis Oktober 1910 zu vertagen. Bis dahin wird man wieder neue Ausreden gefunden haben.

Es ist zweifellos, daß die organisierten Unternehmer, denen jede Arbeitslosenfürsorge ein Greuel ist, den freijünnigen Stadtvätern aufs Dach gestiegen sind und sie zu diesem Umfall veranlaßt haben.

Ein sozialdemokr. Bürgermeister in Kaiserlautern.

Sämtliche Parteien hatten für die Adjunktwahl in Kaiserlautern eine Vereinbarung getroffen, keine Vorschlagsliste einzubringen und nach dem einfachen Majoritätssystem zu wählen. Der erste Adjunkt sollte der freijünnigen Partei und der zweite den Sozialdemokraten zufallen. Bei der Stimmenabgabe brachen die 3 Zentrumsvertreter ihr ehrenwörtlich gegebenes Versprechen, indem sie dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme nicht gaben. Dadurch wurden 2 Liberale gewählt, die aber mit den Ersatzleuten die Wahl ablehnten. Der zweite Wahlgang wurde dann nach den Grundfäden der Proporzwahl vorgenommen. Hierbei wurde der Genosse Landtagsabg. Hoffmann zum ersten Adjunkten und der freijünnige Buchdruckereibesitzer Mohr zum zweiten Adjunkten gewählt. Hoffmann nahm die Wahl an, während Mohr ablehnte. Der Schurkenreich der Schwarzen war also umsonst.

Kommunaler Wahlrechtsraub in Schleswig-Holstein.

Die Wahl von weiteren zwei sozialdemokratischen Stadtvordrneten in Ikehoe — zwei Jahren schon im Stadtparlamente — hat den Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten so in Angst versetzt, daß sie eine Erhöhung des Wahlgens um nicht weniger als 600 Mark beschloßen haben. Bisher war wahlberechtigt, wer mindestens zu einem Einkommen von über 900 bis 1050 Mark eingeschatzt war; jetzt soll ein Einkommen von über 1350 bis 1500 M. erforderlich sein.

Die Zensuserhöhung wurde vom Magistrat einstimmig, von den Stadtverordneten gegen zwei freijünnige und die beiden sozialdemokratischen Stimmen beschloßen.

Die Folge des Beschlusses wird sein, daß die beiden schon amtierenden und der eine der beiden neugewählten Sozialdemokraten das Mandat verlieren. Die Aufsichtsbehörde wird dem Beschlusse zweifellos zustimmen.

Auch in Uelerfen wurde der Zensus vor einigen Wochen um 600 Mark erhöht, trotzdem dort noch kein Sozialdemokrat gewählt ist. Die allmähliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmengahl in den letzten Jahren genügte schon, das Bürgerium in heilloser Angst zu versetzen.

Gewerkschaftliches.

Konstanz, 15. Dez. In Sachen des Werkstätten-Vorstehers Raosbrugger in Konstanz ist die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß die Rottig im „Volksfreund“ gute Wirkung zeitigte, indem die Uebelstände zum Teil schon abgestellt sind. Hoffen wir, daß die Behandlung der unterstellten Beamten und Arbeiter ebenfalls eine bessere wird, aber auch, daß sich die Eisenbahner Konstanz's mehr als bis dato bewußt werden, daß ihr Platz an der Seite der sozialdemokratischen Partei ist und daß in ihren Kreisen der „Volksfreund“ mehr gelesen wird, als bisher.

Soziale Rundschau.

Der Viermillionenfond. In Ulloffen wurden schon 53 Gesuche arbeitsloser Tabakarbeiter eingereicht; davon wurden 37 als berechtigt anerkannt, 15 abschlägig beschloßen und ein Gesuch ist noch unerledigt. Unterstüztungen erhielten die einzelnen Arbeiter 4 bis 21 Mark. Die abschlägigen Gesuche erregen hier allgemeine Unzufriedenheit.

Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände. In den Kreisen der Unternehmer ist gegenwärtig alles mobil, um der neuften propagierten Lieblingsidee, der Einföhrung der Zwangsarbeitsnachweise, die krummen Wege zu ebnen. Die neueste Nummer der deutschen „Arbeitsgeber-Zeitung“ enthält gleich vier Publikationen dieser Art: einen Auszug aus dem Referat des Kommerzienrats Stark-Chemnitz, eine redaktionelle Introduction zu dem dann folgenden Hauptstück des Hamburger Arbeitsnachweisleiters Ingenieur Theilow und endlich das im Oktober gehaltene Referat des Syndikus Moisch-Chemnitz. Alle diese Veröffentlichungen enthalten für die Öffentlichkeit Bekanntes, alzu Bekanntes, natürlich, denn aus der Geheimniskammer dieser Mahregelungsanstalten wird der Öffentlichkeit nichts bekannt gegeben. Das immer wiederholte Abschweören der eigentlichen Absicht, die mit der Errichtung dieser Nachweise verfolgt wird, Arbeiter zu versenden, wirkt angesichts der Enthüllungen über den Mannheimer Nachweis nachgerade mehr als absurd.

Die stärkste Betonung für die absolute Notwendigkeit der Unternehmerarbeitsnachweise wird darauf gelegt, daß sie sachgemäß arbeiten, nicht rein schablonenhaft Arbeitskräfte vermitteln sollen, wie dies die schlechtgeleiteten anderen Nachweise alle tun sollen. Herr Moisch verließ sich nun im Eifer der Verlobigung zu der Trivialität:

„Alle die uns entgegenstehenden Nachweisformen arbeiten schematisch, und wenn irgendwo, so ist im Arbeitsnachweis jedes Schematisieren ein Uebel, gleichviel ob die benutzten Schemata im Stoffe eines verarmten Agitators oder eines weisfremden, in Sozialpolitik machenden Regierungsrats oder Professors entstanden sind.“

Wir wüßten zwar nicht, wo ein deutscher Professor seinen Lehrstuhl mit dem Schemel in einem Arbeitsnachweisbüro verlaßt hat oder gar ein Regierungsrat sich zu so unbedeutsamer Stellung herabgelassen hätte, müssen aber sagen, daß nach unserer Erfahrung alle anderen Arbeitsnachweise den gleichen

Vorzug haben, die den neuen Arbeitsnachweisen der Unternehmer eigen sein soll. Auch sie werden von Leuten, die ehemals im Berufe tätig waren, geleitet. Diese verfügen über mindestens dieselben Sachkenntnisse wie die von den Schachmadern ausgewählten Leiter.

Die schlaun Flüche können die Oeffentlichkeit mit allem anscheinenden ehrbaren Geschwafel nicht mehr täuschen — sie sind längst erkannt! Siehe den Mannheimer Nachweis und seine Geheimtakte!

Aus der Partei.

Hausen i. W., 13. Dez. Der Sozialdem. Verein hält am Samstag, 18. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Vereinslokal seine letzte Mitgliederversammlung in diesem Jahre ab. Da noch wichtige Punkte zu erledigen sind, richten wir an die Mitglieder den Appell, vollzählig zu erscheinen.

Luftschiffahrt.

Vom Bodensee, 14. Dez. Die neueste Meldung, daß „Z. 4“ ehestens fertiggestellt sei und mit dem Bau des „Z. 5“ diesen Monat noch begonnen werde, ferner, daß die Fernfahrt im März ausgeführt werde, ist unzutreffend. „Z. 4“ befindet sich im Anfangsstadium des Baues, daher kann von einer Inangriffnahme des „Z. 5“ noch lange keine Rede sein; über die Fernfahrt aber heute schon etwas Positives zu wissen, ist einfaß unmöglich.

Neues vom Tage.

Die Wittfrau mit den Drillingen.

Im Blicherstädtchen Caub am Rhein gibt es eine Sensation. Lebt dort eine Frau seit mehreren Jahren im Witwenstand; da Klopffs leise nachts ans Fensterlein und ein schon lange nicht mehr gesehener Gast, Herr Klapperstorch, mocht seinen Besuch, der wohl oder übel angenommen werden mußte. Und als Herr Klapperstorch von dannen zog, hatte er ein überreichlich ausgefallenes Weihnachtsgeschenk zurückgelassen, Drillinge, drei tadellose kräftige Wuben. Die glückliche Mama wäre allerdings mit weniger für diese Weihnacht zufrieden gewesen.

Tod aus Nahrungsforgen.

Berlin, 15. Dez. In der Mirbacherstraße vergiftete sich gestern Abend der Hausdiener Kach und seine junge Frau mit ihrem 2 Monate alten Kind durch Öffnen der Gasleitung. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod der drei Personen feststellen. Motiv der Tat sind Nahrungsforgen. So geschehen unter der Herrschaft der „göttlichen Weltordnung“ zur „gnadenbringenden Weihnachtszeit“ des Jahres 1909!

Schwerer Unfall auf dem Meeresboden.

Neun Arbeiter tot.

Neapel, 14. Dez. Bei Oranelli, wo gegenwärtig 500 Meter vom Strande entfernt auf dem Meeresboden Arbeiten ausgeführt werden, und zwar Preßluft-Caissons, ist die Rette eines Caissons, was einen schweren Unglücksfall verursachte. Die Leichen zweier Arbeiter wurden bereits geborgen. Vier Leichen konnten gerettet werden, sie sind schwer verletzt. Man befürchtet, daß die Leichen von sieben anderen Arbeitern noch in dem Caisson sind. — Laucher haben festgehalten, daß die sieben Arbeiter, die nach dem Unglück bei Oranelli bemitt wurden, von dem Caisson erschlagen worden sind.

Das Amüsement der „besseren Gesellschaft“.

Paris, 14. Dez. Gestern hat die Polizei eine Privatvorstellung insbriert, in der lebende Bilder von 30 jungen Mädchen von 16 bis 18 Jahren gestellt wurden, die völlig nackt waren. Der Unternehmer hatte einen Saal für zwei Auführungen gemietet. Die Zuschauer — 150 Herren und Damen der besseren Gesellschaft, die zu dem Vergnügen geladen waren — werden sich wegen Teilnahme am Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verantworten haben.

Morde in der Irrenanstalt.

Paris, 14. Dez. In der Irrenanstalt Saint Nlie im Departement Jura stand vor einigen Tagen ein Kranke und es stellte sich heraus, daß er während eines Todesuchtsanfalles von einem der Wärter erwiirt worden war. Da sich in der Anstalt in letzter Zeit vier ähnliche Fälle ereignet hatten, wurden die Leichen der betreffenden Irren ausgegraben. Bei einem der Toten wurden Strangulations Spuren gefunden, an der Leiche eines anderen zeigten sich Spuren von erlittenen Verletzungen. Der Wärter wurde verhaftet.

Racheakt.

Aus Budapest wird gemeldet: In Szerb-Renizita im Tokontaler Komitat wurden zwei serbische Burden von dem ungeschickten Dorfbarbier Joski beim Rasieren im Gesicht geschnitten. Da die Burden ihrer Pflaster wegen von den Mädchen verhöhnt wurden, beschloßen sie, sich am Barbier zu rächen. Joski saß abends mit seiner Familie beim Abendmahl; plötzlich wurde das Fenster angegriffen, die beiden Serben tauchten auf und erschossen den Kafeur vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder.

Die Peite der Prinzessin Luise.

Wien, 15. Dez. In Budapest fand gestern auf Antrag eines Wiener Gläubigers eine Versammlung wegen Verhängung des Konkurses über das Vermögen der Prinzessin Luise in Anbahnung statt. Der Vertreter der Prinzessin verlangte Vertagung wegen der großen Lebensgefahr für König Leopold, da sich die Prinzessin jetzt nicht in einer Verfassung befinde, um über das Vermögen Auskunft geben zu können. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf beantragte der Vertreter der Prinzessin, das Verdict als unzuständig zu erklären, da die Prinzessin trotz ihrer Scheidung exterritorial sei. Das Verdict gab diesem Antrag statt und verlagte die Verhandlung.

Schiffs-Katastrophe.

Newyork, 14. Dez. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der Dampfer „Bessemer“ untergegangen ist, welcher seit dem letzten Ozean vermisst wird. Der Dampfer ist anscheinend mit der ganzen Besatzung untergegangen. Man hat bereits Überreste des Schiffes gefunden, u. a. ein Boot mit 9 Watzen, welche erfroren waren.

Wasser der Brandstelle benachbarte Häuser ziemlichen Schaden. Insgesamt dürfte der Verlust in einem Gesamtschaden von 1/4 Million Mark

seine richtige Einschätzung finden. Davon wird die Firma Billing u. Zoller mit einer halben Million Mark Anteil haben.

Gestern rauchte und qualmte es noch den ganzen Tag und abends um 8 Uhr stand in dem Wohngebäude von Billing u. Zoller der Dachstuhl in Flammen. Es gelang, das Feuer zu dämpfen. Der Brandplatz war das Ziel des Besuchs Tausender; aber die eigentliche Brandstätte durften nur Berufene betreten. Die Feuerwehr hatte Vollauf zu tun, um den Brand völlig zu löschen.

Die Maschinen und Werkzeuge sind total vernichtet worden; die Schienen einer kleinen Fabrikbahn waren gebogen wie schwacher Draht; das Feuer hat furchtbar gewütet. Unheimlich starren uns die zerklüfteten und zerfallenen Mauern entgegen. Ein solches Feuer hat Karlsruhe seit 50 Jahren nicht zu verzeichnen gehabt. Den Feuerstein sah man in der ganzen Umgebung von Karlsruhe, bis nach Malsch und Rastatt hinauf.

Die neue Automobilpolizei der Stadt hat vorzügliche Dienste getan. In die Feuerwehreinheiten selbst wurden große Anforderungen gestellt.

Wiederholt muß aus dieser Katastrophe die Lehre gezogen werden: Versichert euch gegen Brandschaden! Die Beiträge sind so gering, daß sie auch von Minderbemittelten aufgebracht werden können.

Mit den Notstandsarbeiten

ist heute erfreulicherweise begonnen worden. Vorläufig sind 20 Mann beschäftigt. In den nächsten Tagen beginnen die Arbeiten am Mühlhügel.

Die Bäckermeister wegen Mindergewichts vor Gericht.

Die Strafkammer Karlsruhe hatte sich als Berufungsinstanz mit dem Rekurs von 94 Karlsruher Bäckermeister zu befassen, die vom hiesigen Schöffengericht wegen Verletzung der §§ 73 der Gewerbeordnung und 134 b R. Str. G. B. zu Geldstrafen verurteilt worden waren. Zum Termin erschienen diese 94 Angeklagten nicht, sie ließen sich durch zwei Anwälte vertreten. (Der „Volksheld“ hat seinerzeit die Angelegenheit ausführlich behandelt.) Anfangs Juni ds. Js. hatte das Bezirksamt Karlsruhe in den Verkaufsläden hiesiger Bäckermeister durch die Schumanns'sche Gewichtsprüfungen

an den zum Verkauf bestimmten Brothorten vornehmen lassen, wobei in vielen Fällen Mindergewicht in zum Teil recht erheblichem Maße festgestellt wurde. Das Bezirksamt erhief daraufhin gegen die Bäckermeister, deren Name als zu leicht befunden worden war, Strafbefehle in Höhe von 10 bis zu 50 Mk. Gegen die Verfügungen beantragten 94 Bäckermeister gerichtliche Entscheidung durch das Schöffengericht. Dieses beschäftigte sich mit der Angelegenheit in Gruppen von 10 bis 20 Fällen und erkannte durch Urteile vom 20., 24. und 27. August, 3. und 14. September, sowie 8. Oktober gegen die Angeklagten auf Geldstrafen von 5 Mk. bezw. 10 Mk. bezw. 20 Mk., je nachdem es ein mehr oder minder größeres Verschulden annahm.

Gegen diese Urteile des Schöffengerichts ließen die 94 Bäckermeister durch ihre Vertreter Berufung einlegen. Zu deren Begründung wurde geltend gemacht, daß die Polizeibehörde ungesetzlich gehandelt habe. Sie hätte zuerst das Brot kaufen müssen und erst dann auf sein Gewicht prüfen dürfen. Das Brot, aus dem Backofen genommen, habe sein volles Gewicht, wenn es aber längere Zeit liege, werde es altbacken und dadurch leichter. Daraus könne man aber den Bäckern keinen Vorwurf machen. Sie treffen daher auch für das Mindergewicht keine Schuld.

Bei der Verhandlung am Dienstag drehte es sich in der Hauptsache um die Erörterung der in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften. Die Verkündung des Urteils erfolgt nächsten Montag.

* Fahrplanänderung der Albtalbahn. Wie im Inseratenteil unseres Blattes bekannt gegeben, fällt auf der Strecke Karlsruhe-Ettlingen der Albtalbahn bis auf weiteres vorläufig das Zugpaar 14/15 um 9.14 Uhr ab Karlsruhe bezw. Ettlingen und nachmittags das Zugpaar 36/37 um 3.44 Uhr ab Karlsruhe bezw. Ettlingen aus und ferner werden die drei letzten Abendzüge 60, 63 und 64 um je 16 Minuten später gelegt. Diese provisorische Fahrplanänderung hat sich zur Bewältigung des jetzt und in nächster Zeit besonders starken Güterverkehrs für die mit der Elektrifizierung der Albtalbahn zusammenhängenden Um- und Erweiterungsbauten als wünschenswert erwiesen. Später, wenn die Umgebungsstrecke westlich an dem neuen Hauptbahnhof Karlsruhe vorbei und die übrigen Umbauarbeiten fertiggestellt sind, beabsichtigt die Albtalbahn an Stelle der jetzigen zwei Zugandrängungen deren drei für den halbtägigen Lokalverkehr zwischen Karlsruhe und Ettlingen in regelmäßigen Betrieb zu nehmen; alsdann wird an den Endpunkten Karlsruhe und Ettlingen eine erheblich längere Wendezeit für die Züge zur Verfügung stehen und

Übertragungen von Verspätungen auf die nachfolgenden Züge nahezu ausgeschlossen sein, so daß hierdurch eine wesentliche Verbesserung des Betriebes herbeigeführt werden wird.

* Mobernes Kaufhaus. Am gestrigen Mittwoch eröffnete die rühmlichst bekannte Firma W. H. Moberner in ihrem Hause Kaiserstraße 121 ihr neu erbautes Kaufhaus, das sich den Karlsruher Sehenswürdigkeiten an die Seite stellen darf. Die Firma hat weder Kosten noch Mühe gespart, ihr Stadtkaufhaus zu einem erstklassigen zu gestalten. Das durch 3 Stockwerke reichende Kaufhaus ist mit allen technischen Erzeugnissen (Dampfheizung, elektrischem Licht, Aufzüge, Entsaugungsanlagen usw. usw.) der Neuzeit ausgestattet.

* Kolosseum. Dasselbst wird heute ein neues Kränzchen Programm seinen Fingern halten. Es ist für die Zeit vom 16.-31. Dezember erstklassiges Künstlerpersonal gewonnen worden. Wir werden den Spielplan besprechen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Für die durch den Brand der Billing und Zoller des schäftigungslos gewordenen Arbeiter

sind bereits eingegangen: E. G. 5 Mk. — W. S. 5 Mk. — A. B. 5 Mk. — S. R. 2 Mk. — R. J. 2 Mk. — A. S. 1 Mk., insgesamt 20 Mk. Weitere Gelder werden in den unter „Missions“ angegebenen Sammelstellen entgegengenommen und im „Volksheld“ quittiert.

Vereinsanzeiger.

Aue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) Am Sonntag, den 19. ds. Mts., nachmittags punkt 2 Uhr, findet im Lokale Monatsversammlung statt, wozu die Genossen alle eingeladen sind. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 6897.2 Der Vorstand.

Zell a. S. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Badischen Hof“ die diesjährige Generalversammlung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Karlsruher Sehenswürdigkeiten.

Groß. Sammlungen für Altertums- und Völkertunde, in dem Gebäude der groß. Sammlungen, Friedrichsplatz 16. Unentgeltlich geöffnet Sonntag, Mittwoch und Freitag von 11-1 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr. Die Ausstellung der im städt. Sammlungsgebäude untergebrachten Kupferstichsammlung ist wieder geöffnet: Mittwochs von 9-12 Uhr vormittags und 2-4 Uhr nachmittags, sowie Sonntags von 11-1 Uhr.

Die decken ihren Weihnachts-Bedarf am vorteilhaftesten in Bezug auf Preise und Qualität bei Julius Löwe 25 Werderplatz 25 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins

Als willkommene und nützliche Geschenke empfehle ich:

Herren-Anzüge, Rosen, Heberzieher, Pelerinen, Sodenjoppen, gestr. Westen, Wäsche, aller Art.

Knaben-Anzüge, Heberzieher, Kielerjacken, Pelerinen, Sodenjoppen, Sweaters, Wäsche, Mützen.

Damen-Blusen, Röcke, gestr. Westen, Hemden, Beinkleider, Nachjacken, Untertaillen, Schürzen für Damen u. Kinder.

Vorhemden, Kravatten, Hosenträger, Taschentücher, Socken, Pelze, Woll- und Seiden-Echarpes, Gestr. Shawls, Gürtel

Manufakturwaren

Reste zu Kleidern, Blusen, Röcken, Hemden, Beinkleidern, Schürzen, Handtüchern.

Herb, gebraucht, mit Kupfer, ist billig zu verkaufen. Martenstr. 93, Baden.

Enthaltenes Fahrrad für 45 Mark abgegeben. Durmerstr. 70.

2-Zimmer-Wohnung, 2. Stock, 20 Mk., sofort oder länger zu vermieten. 6858. In der Gasse Nr. 22, 3. L.

Wendelin Schmitt, Schneiderstr., Durmerstr. 52, empfiehlt sich im Auflegen aller in sein Fach einschlägigen Arbeiten. 61551

Pateläpfel, der Zentner, 11 Mk., sind fortwährend zu haben Scherrstraße 18, 2. Et. links. Äpfel werden auch pfundweise abgegeben. 6709

Zu Macherstraße 46, 2. Et. ist ein möbliertes heizbares Mansardenzimmer auf sofort zu vermieten. 6710

Sportwagen mit Dach, wohnlich, wie neu, altpflichtig, 12 Mk. z. verkaufen. Wilhelmstr. 28, 3. Et. l.

Wasserdichte Schürzen, am Bauch doppelt, mit Messingketten. Kleiderfabrik Fahr, Kronenstr. 49.

Neue, elegante, große, ehlerne Kinderbestellen für nur 10 Mk. zu verkaufen bei Geymann, Indufstr. 12 im Obergebäude. 6715

Stilkörner, fast noch neu, verkauft. Marktstr. 4, 5. Et.

31 eigene Geschäfte Herrenstiefel hervorragend billig! Art. E15, E10, E17, Original-Goodyear-Welt in verschiedenen Lederarten modernste Facons Garantie für jedes Paar per Paar 8 75 Mk. R. Altschüler Karlsruhe. 31 eigene Geschäfte

Eier Butter Honig nur beste Qualitäten zu billigsten Tagespreisen empfiehlt C. Dietsche Dampfmolkerei zur Butterblume, Amalienstrasse 29. Zweigniederlassungen: Karlsruhe: Nelkenstr. 19. Belertheim: Gebhardstr. 41. Honig unter Garantie der Reinheit von 2 Pfd. an das Pfd. zu Mk. 1.00. Eier von 20 Stück ab Preisermässigung.

Pahr
Kleiderfabrik
49 Kronenstr. 49
hat die praktischsten
Weihnachtsgeschenke.

Die Gewerbeschule Karlsruhe sucht zum sofortigen Einsteigen eine im Maschinenschreiben bewanderte 6704

Schreibenshilfe.
Karlsruhe, den 13. Dezbr. 1909
Der Schulvorstand,
Rektor Kubu.

Grosse Carnevalls-Gesellschaft
Karlsruhe.
Wir bitten die Herren Liederdichter, Beiträge für die Liederbücher zu unseren im nächsten Monat stattfindenden Damenfesten recht bald an den Vizepräsidenten, Herrn Zwan Matheis, Kaiserstr. 108, zu senden.
„Die besten Lieder werden preisgekrönt.“
Der Eifer-Kat.

Arbeiter-Diskussions-Klub Karlsruhe.
In Gemeinschaft mit der Internationalen Revue „Dokumente des Fortschritts“ veranstalten wir einen
Vortragsabend.
Thema: Was die Völker von einander lernen können.
Redner: Herr Professor Dr. Broda aus Paris.
Zeit und Ort: Sonntag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, Gemeindehaus, Mäckerstr. 20. — Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande 10 Pfg., sonst 30 Pfg. 6714
Der Vorstand.

Eier! Eier!
Für die Weihnachtsbäckerei
empfehle
sämtliche Sorten und Qualitäten
sowie 6721
feinste Süßrahmfatelfutter.
Spezialität: Trink- u. Land-Eier.
Lieferung frei ins Haus nach allen Stadtteilen.
Eier-Konsumhaus Kaiserstr. 50
Telefon 580 Eingang Adlerstr. Telefon 5 80.

Pahr
49 Kronenstr. 49
hat die schönste Auswahl
in
Cravatten.

Harzer Edalroller
Lichtschläger mit prachtvollen
Touren von 8 bis 15 Mark,
Weibchen 1.50, empfiehlt 6692
Dr. Fütterer, Schneider,
Gaggenau.

Cigarren u. Cigaretten
empfehle in nur la Ware
Weihnachtspackungen
in jeder Preislage. 6649
E. Ebner, Kriegstr. 18.

Dürrobst.

Neue
Aprikosen
Pfd. 60 s

Neue
Datteln
Pfd. 35 s

Neue
Birnschnitz
Ital. Pfd. 16 s

Neue
Kranzfeigen
Pfd. 23 s

Neue
Dampfpfäfel
Pfd. 58 s

Neue
Kirschen
Pfd. 28 s

Neue
Birnschnitz
Murgt. Pfd. 40 s

Neue
Zweischgen
Pfd. 23, 25, 28 s

Mischobst
sehr beliebt
Pfd. 25 u. 35 s
empfiehlt 6711

Städt. Seefischmarkt
Donnerstag Nachmittag von 3 1/2 bis 7 Uhr und
Freitag Vormittag von 8 bis 11 Uhr.
Große Zufuhr. Billige Preise.
Karlsruhe, den 15. Dezember 1909.
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Residenz-Theater-Kinematograph
Waldstrasse 30

Lourdes
berühmter Wallfahrtsort in Südfrankreich, am Nordfusse der Pyrenäen inmitten einer dem Hochgebirge vorgelagerten Berglandschaft, am Fusse eines gewaltigen, ganz freistehenden Felsens, auf dessen Gipfel eine alte Ritterburg thronet. An entgegengesetzter Seite fließt der reissende Bergfluss Gave, dessen Ufer sind wildromantisch.

Hamburger Gasanstalt
ein Riesenbauwerk, in Brand durch
Explosion.

Butter, Käse, Eier, Honig
en gros empfiehlt en detail
Algäner Butter- und Käsehaus
Teleph. 2107. Inh. Alois Zanetti. Kaiserstr. 64.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für die Herren Restaurateure und Wiederverkäufer. 6701

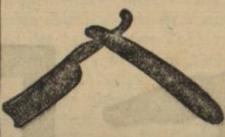
Das schönste
Weihnachtsgeschenk
ist und bleibt die



Sprech-Maschine.
Konkurrenzlos
sind meine Preise.
Kaufen Sie daher am Platze.
Volle Garantie! Leistungsfähig!
250 Sprechmaschinen,
ca. 10 000 Platten u. Walzen
zur Auswahl am Lager.
Erlichterlose Sprechapparate
in großer Auswahl eingetroffen.
Karlsruher Aufnahmen:
Grenadier-Kapelle, Männer-
Kapelle, Männer-Gesangverein,
Liedertafel, Fisker Quartett,
Madama-Müller, 6642
sind ebenfalls eingetroffen.
Johannes Schailo,
einzig. Spezialgeschäft am Platze,
Douglasstr. 24.
Telephon 2288.

Pelerinen
in prima Qualität empfiehlt
Lud. Gramlich,
32 Kronenstr. 32.

Freiburg i. Br.



Rasiermesser
Rasierapparate
und sämtl. Utensilien
Rasiergarnituren
Fischbestecke
Taschenmesser
Scheren
in größter Auswahl zu
billigsten Preisen. 6599

Max Nosch
6 Bertholdstrasse 6
vis-à-vis der Burse.

Wegen Lagerüberfüllung durch größere Einkäufe, habe ich die Preise für sämtliche
gebrauchten und neuen Möbel
bedeutend herabgesetzt um jedermann Gelegenheit zu geben, für wenig Geld schöne und gute Waren zu kaufen. Ich empfehle so lange Vorrat reicht: Komplette Betten v. M. 30.- bis 70.-, ein- und zweistöckige Schränke v. M. 10.- an, Chiffonniere, Nachttische, Tische, Stühle, Spiegel, Bilder, Vertikals, Federbetten, Kinderbettstellen, Nähmaschinen, Teppiche, Läufer, Brannenkleider und Viehzeug zu fabelhaft billigen Preisen, ferner Sofa und Divane staunend billig. 6716

D. Gutmann, Betten- und Möbelhandlung,
Rudolfstr. 12, im Quergebäude.

frisch eintreffend
unsere vier ersten
direkten Waggons
Neue spanische
Orangen
etwa 4 s 6691
5 Stück 20 s
Duzend 45 s
Mandarinen
50 m/m Stück 4 s
Duzend 45 s
55 m/m Stück 5 s
Duzend 55 s
Luguvpackung in
hübschen Geschenkarton
in 12 St. 90 s
Kistel

Haus-
haltungs-
Wagen 6663
mit einem Satz
Gewicht
Mark 7.65.
J. Bähr
Eisenwaren
Waldstr. 51.
Kabatmarken.

Frisch eingetroffen
Neue geschälte
Maronen
zum
Füllen Pf. 25 Pfg.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten
Verkaufsstellen. 6702

Empfehle mein gut sortiertes Lager in
Weiss- und Rotweinen
in Gebinden nicht unter 20 Liter ab meinem Patentkeller im
Fas- oder Literflasche.

ff. Flaschen- und Schaumweine
selbstgebranntes
Kirsch- u. Zwetschgenwasser.

Gottlob Bauer, Weingroßhandlung, Göttho-
strasse 10 — Telephon 2245.

Große, **Kinderbettstelle,** eleg., eh. für nur M. 12 zu verkaufen.
Werner, Schloßplatz 13, Eingang Karl-Friedrichstr., parterre rechts. 6653

Großer, gut **Regulateur** gehender mit Schlagwerk, neu, für nur M. 10 zu verkaufen **Werner,** Schloßplatz 13, Eingang Karl-Friedrichstr., parterre rechts. 6653

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten
Verkaufsstellen.

31 eigene Geschäfte

Bucherer
in den bekannten
Verkaufsstellen.

Schlachttag.
Empfehle
prima
Leber- u.
Grieber-
würste
sehr guten bill. Mittagstisch.
Wahnschütz Wochler, Wirt.
Lager, noch neu 1 Kiste,
2 gute Topfen für
weiter werden billig abgegeben
Kronenstr. 16, Stb., Durlach.

Uhren **Goldwaren**

Emil Feisskohl
Kaiserstrasse 67 Telephon 2004
6 grosse Schaufenster
Rabattmarken 6583

Silberwaren **Optik**

Fleischverkauf.
Samstag, den 18. Dezbr.,
von morgens 8-1 Uhr ver-
kaufe ich Eisenbahnstr. 20
prima Qualität
Rastkühlfleisch
eigene Mastung, à Pfd. 60 Pfg.
Wilhelm Neck,
Mollereibühner, 6678

Die
günstig. Gewinnchancen
der Münchener-Lose à 2 Mark,
Ziehung bestimmt diesen Samstag,
sollten jedermann veran-
lassen, auf Weihnachten nochmals
sein Glück zu probieren, denn auf
2 Lose, eine gerade und eine
ungerade Nummer, kommt sicher
1 Treffer.
Obige Lose sowie noch zweierlei
Geldlose empfiehlt und verleiht
Gebr. Göhringer,
G. m. b. H. 6725
60 Kaiserstr. 60.

Pahr
49 Kronenstr. 49
hat die größte Auswahl
in selbstgefertigten
Arbeitshofen.

Kleiderstoff-
Reste
enorm billig bei
J. Schneyer
Werderplatz.

Pahr
49 Kronenstr. 49
hat die größte Auswahl
in selbstgefertigten
Sonntagshofen.

Sie sparen doppelt

Wir geben bei allen Einkäufen, die während der Vormittagsstunden bis 12 Uhr erledigt werden

auf alle Artikel

ausgenommen einige Markenartikel und Nähgarne



Rabattmarken

Diese Vergünstigung gilt von heute bis incl. Samstag, den 18. cr.

Versäumen Sie diese Gelegenheit nicht!

Geschwister Knopf.

Fr. 29

Die junglieb...

Die junglieb... heute in...
 amblische M...
 der Sonell u...
 herum scheid...
 folgt:

Finanzau...
 glaublichere...
 den Ausfall...
 das gesamte...
 pielt ih. . .
 den aus ei...
 herden d. h...
 stigen Sofen...
 herum stelle...
 Landtagswah...
 wissen wir v...
 erlaubigt, ab...
 Wadtritts er...
 lid, wenn d...
 ar dem neu...
 wälten.

Das Blatt...
 lünger, eigen...
 der schon als...
 seinen Inter...
 reichenschauc...
 Wege hand...
 hell Charakter...
 im Landtag...
 schen ausfr...
 Wie zum Hof...
 im neuen L...
 und für die...
 besterter Auf...
 Ambou des S...
 is wird ein...
 neuer angefü...
 fohen, der ein...
 wer betretri...

Ueber Her...
 Nachrichten:

Vom bad...
 nicht mehr zu...
 bahnpolitik...
 plüger der...
 dem Landhänd...
 der badischen...
 also dabei: E...
 fell und v. W...

Da in Bad...
 stummermehr...
 en, ist es glei...
 Warshall auch...
 hemern.

Ne...
 Der...
 beginnt schon...
 wie berichtet,

Die n...
 Berlin, 16...
 liberalen Part...

Die Reichst...
 Köln, 16...
 dem a. Rh.-B...
 entuelle Stie...
 worden.

Protest ge...
 Rattowit, 1...
 verordnetenval...
 partei und der...
 sungen. Darin...
 und hauptsächlich...
 Beamten unter...
 nachten gestimm...
 gesehnen Lehren...
 Schreiber